

# Knochenarbeit, Hungerlöhne und noch mehr Angst

Illegale Landarbeiter unter extremem Druck durch die Politik von US-Präsident Donald Trump

Jane ist nicht ihr richtiger Name. Die Bäuerin, die gemeinsam mit ihrem Mann einen kleinen Gemüseanbaubetrieb an der kalifornischen Westküste führt, wagt nicht, offen über illegale migrantische Arbeitskräfte zu sprechen. „Was ich dir sage, darf auf keinen Fall mit mir und unserer Farm in Verbindung gebracht werden“, sagt sie bei unserem Gespräch Ende Oktober 2024, einige Tage vor den US-Präsidentenwahlen. Arbeiten „Illegale“ auf ihrem Betrieb? „Keine Ahnung“, sagt Jane, „was ich nicht weiß, kann ich weder einer Behörde noch der Polizei sagen.“ Für die Einstellung brauche sie nur ein Formular, das die Mitarbeiter:innen ausfüllen müssen, und einen Identitätsnachweis. Die Echtheit der Dokumente muss der Arbeitgeber nicht prüfen, heißt es im offiziellen Merkblatt des US-Bauernverbands. Jane spricht perfekt Spanisch und wenn sie gemeinsam mit ihren Mitarbeiter:innen die Gemüseboxen füllt, hört sie viel. „Sie sind hier, um Armut und Gewalt in ihren Herkunftsländern zu entkommen, und sie haben Traumatisches erlebt. Eine Mitarbeiterin wurde auf dem Treck hierher vergewaltigt. Das kam heraus, als sie hier eine Panikattacke bekam.“ Dazu kommt die ständige Angst vor Deportation, niemand ist sicher. Jane erzählt von einer Mitarbeiterin, die inzwischen die US-Staatsbürgerschaft hat. Seit einigen Tagen will ihr vierjähriger Sohn nicht mehr in den Kindergarten gehen und braucht wieder Windeln – er hat Angst, dass es ihm wie einem Spielkameraden gehen könnte, dessen Mutter ihn nicht abholen konnte, weil sie in Abschiebehaft war.

## Die Zahlen

Zensusdaten besagen, dass rund 45 Millionen Menschen in den USA leben, die nicht dort geboren wurden. Die Mehrheit davon hat die US-Staatsbürgerschaft oder Bleiberecht, rund elf Millionen sind „Illegale“. Die tatsächliche Zahl ist vermutlich weit höher. Sie arbeiten im Bausektor, in Pflegeberufen, in der Gastronomie oder in der Landwirtschaft: Beeren und Äpfel pflücken im Nordwesten; Orangen, Tomaten und Gemüse ernten in Florida, Texas, Arizona und New Mexico. Ohne sie geht nichts in Milchbetrieben in Wisconsin, Vermont und New York, in Schlachtbetrieben in Colorado und Kansas und natürlich in Kalifornien:



Ein Landarbeiter in einer Mandelplantage im San Joaquin Valley, Kalifornien Foto: M. Kunz

Dort sind rund 425.000 Landarbeiter:innen beschäftigt, die Mehrzahl aus Mexiko und anderen lateinamerikanischen Staaten. Besonders benachteiligt sind die rund 165.000 indigenen Mexikaner, die häufig nur geringe Spanisch- und Englischkenntnisse haben. Rund die Hälfte der Arbeitskräfte in der US-Landwirtschaft sind illegal im Land. Sie zahlen Steuern und Sozialversicherung, ohne sie in Anspruch nehmen zu können.

Die Regierung unter Präsident Donald Trump will elf Millionen „Illegale“ abschieben. Den Beamten von ICE (Immigration and Customs Enforcement) obliegt es, diese Menschen zu finden und festzunehmen. Zum Ärger von Immigrations-„Zar“ Tom Homan wurden die geplanten 1.200 bis 1.500 Festnahmen täglich nicht erreicht, und viele der Inhaftierten mussten aus rechtlichen Gründen wieder freigelassen werden.

## Die rote Karte

Noch haben auch illegal im Land lebende Rechte. „Es ist wichtig, auf den schlimmsten Fall vorbereitet zu sein“, sagt Arcenio Lopez von MICOP, einer kalifornischen Nichtregierungsorganisation. Der wichtigste Rat: Keine Informationen geben, es ist legal, „stumm“ zu bleiben, auch wenn die Beamten schreien und toben. „Wenn du eine hast, zeig ihnen die rote ‚Kenne deine Rechte‘-Karte und sage: Ich muss mit meinem Anwalt sprechen.“ Hilfsorganisationen helfen Landarbeiter:innen dabei, Notfallpläne mit wichtigen Tele-

fonnummern und Kontaktpersonen zusammenzustellen. Die meisten Illegalen leben nahe zusammen mit Familienmitgliedern oder Verwandten von Freunden und Nachbarn aus ihren Herkunftsdörfern. Zum Notfallplan gehört ein juristisch gültiges Dokument, das festlegt, welche Person mit US-Staatsbürgerschaft sich um die Kinder kümmern soll für den Fall, dass die Eltern inhaftiert oder abgeschoben werden.

Gerüchte um bevorstehende Razzien verbreiten sich in Windeseile und lösen Panik aus: Familien verbarrikadieren sich zu Hause; die Kinder gehen nicht zur Schule; niemand wagt, zur Arbeit zu gehen oder einen Laden zu betreten. In mehreren Staaten betreiben Hilfsorganisationen Hotlines. Hinweise werden so schnell wie möglich überprüft. Ob und wo ICE-Beamte unterwegs sind, wird per Textnachricht weitergegeben. Freiwillige Helfer versuchen Razzien zu filmen und Details festzuhalten: die Zahl der Beamten, der Fahrzeuge, der festgenommenen Personen, ... Je schneller die Identität der Verhafteten feststeht, desto schneller können Anwälte eingreifen.

## „Angst ist die Botschaft“

Massendeportationen vom Umfang, wie sie die Trump-Regierung plant, sind unmöglich: Es fehlt an Geld, an Personal. Riesige Lager, in denen die Menschen bis zur Deportation interniert würden, müssten gebaut werden. Aber jede neue Ankündigung verstärkt die Angst. Die für Festnahmen Illegaler zuständige Grenzschutzbehörde ICE

soll in Zukunft verstärkt Aufgaben an örtliche Polizeibehörden delegieren. Für Landarbeiter:innen wird damit jede Verkehrskontrolle zu einer Art russischen Roulettes: Droht statt des Strafzettels die Abschiebung, weil die Polizeibeamten mit ICE zusammenarbeiten? Innenministerin Kristi Noem hat alle illegalen Migranten aufgefordert, sich registrieren zu lassen. Dies nicht zu tun, soll nach ihren Plänen in Zukunft als Straftat geahndet werden und zur sofortigen Abschiebung führen. Juristen bezweifeln die Legalität eines solchen Vorgehens. Und inzwischen sind fast 20 Prozent der US-Bevölkerung Latinos – wenn sie nicht eine vorläufige Festnahme durch ICE riskieren wollen, können sie das Haus nicht ohne Geburts- oder Staatsbürgerschaftsurkunde verlassen.

Per Dekret versucht Trump in den USA geborenen Kindern die Staatsbürgerschaft abzuerkennen, wenn nicht ein Elternteil US-Bürger ist. Mehrere Gerichte haben die Maßnahme bereits als verfassungswidrig erklärt, aber wahrscheinlich wird irgendwann der oberste Gerichtshof entscheiden müssen. Bis dahin herrscht Ungewissheit – und die schürt Angst.

## Was tun?

Razzien am Arbeitsplatz sind nichts Neues, genauso wenig wie Abschiebungen. Was die Situation so dramatisch verschärft hat, ist das Chaos seit Trumps Amtsübernahme: Bäuerinnen und Bauern wissen nicht, ob am nächsten Morgen genug Mitarbeitende für die Ernte oder das Packen der Gemüseboxen da sein werden. Kinder und Eltern haben Angst, dass sie sich abends nicht wiedersehen.

Jane hat sich bei Nichtregierungsorganisationen informiert und weiß, welche Informationen sie bei einer Razzia den Beamten geben muss und welche nicht. Sie muss z. B. nicht angeben, ob und gegebenenfalls wo Mitarbeiter:innen auf der Farm arbeiten. Als „privat“ gekennzeichnete Räume können nur mit einem Durchsuchungsbefehl betreten werden. Wie man auf Zeit spielen kann, Zugang zu Fluchtwegen und Verstecken – all das kann geplant und geprobt werden, wie die Evakuierung bei einem Feueralarm. Und im Notfall gilt es, ICE die „rote Karte“ zu zeigen.

Marianne Landzettell,  
freie Journalistin